

WA6 Funktionsfähigkeit der Kommunen sichern - Aufgaben runter, Gelder rauf!

Gremium: Kreisverband Friesland
Beschlussdatum: 23.09.2024
Tagesordnungspunkt: 9. weitere Anträge

Antragstext

- 596 Die Delegierten der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen
597 Niedersachsen fordern die Landesregierung auf, die Kommunen personell und
598 finanziell zu entlasten und die nachhaltige Funktionsfähigkeit der kommunalen
599 Selbstverwaltung zu sichern.
- 600 1. Kommunen von Aufgaben entlasten: Jede Aufgabe muss auf ihre Notwendigkeit hin
601 überprüft werden. Bei den verbleibenden Aufgaben muss der Arbeitsaufwand für die
602 Kommunen so weit wie möglich reduziert werden.
- 603 2. Sicherung der Krankenhausfinanzierung: Investitionen in Krankenhäuser erhöhen
604 und an die notwendigen Bedarfe der Krankenhausträger anpassen, um die
605 Transformation durch die Gesundheitsreform zu ermöglichen.
- 606 3. Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs: Die Zuweisungen im kommunalen
607 Finanzausgleich sind schrittweise um 200 Euro pro Einwohner anzuheben, um den
608 bestehenden Fehlbetrag im Vergleich zu anderen Bundesländern auszugleichen. Dies
609 soll in einem Zeitraum von fünf Jahren umgesetzt werden.
- 610 4. Stärkung des Konnexitätsprinzips: Das Land muss die vollen Kosten
611 übernehmen, wenn es Aufgaben überträgt oder kostenträchtige Veränderungen durch
612 den Bund an die Kommunen weitergereicht werden. Eine entsprechende Ergänzung der
613 Niedersächsischen Verfassung ist nötig.
- 614 5. Unterstützung bei Infrastrukturprojekten: Die Kommunen müssen bei notwendigen
615 Investitionen in Infrastrukturprojekte wie Straßen, Schulen, Kindertagesstätten
616 und den öffentlichen Nahverkehr unterstützt werden.
- 617 6. Durchfinanzierter Masterplan für Katastrophen- und Küstenschutz: Angesichts
618 der zunehmenden Krisen, wie Klimawandel, Cyberangriffe und Naturkatastrophen,
619 braucht Niedersachsen einen durchfinanzierten Masterplan für den Katastrophen-
620 und Küstenschutz.
- 621 Zudem fordern die Delegierten, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene
622 einsetzt für:
- 623 1. Konnexität auf Bundesebene: Vollständige Finanzierung von Aufgaben im
624 Zuständigkeitsbereich des Bundes, insbesondere der Betriebskosten von
625 Krankenhäusern
- 626 2. Finanzielle Ausgleichsregelungen für neue Aufgaben die von Ländern und
627 Kommunen ausgeführt werden
- 628 3. Gerechtere Verteilung der Steuereinnahmen und einer Erhöhung des
629 Landesbasisfallwertes zur angemessenen Finanzausstattung der Krankenhäuser.

Begründung

Die Kommunen sind personell und finanziell überlastet. Der Fachkräftemangel und die stetige Zunahme an Aufgaben führen zu Überlastung, höheren Krankenständen und steigenden Kündigungen. Das Personal reicht nicht aus, um die Vielzahl der übertragenen Aufgaben zu bewältigen. Deshalb müssen Land und Bund unverzüglich prüfen, welche Aufgaben verzichtbar sind oder reduziert werden können. Neue Aufgaben an die Kommunen dürfen nur dann übertragen werden, wenn die Finanzierung durch Bund und/oder Land vollständig gesichert ist.

Neben dem Personalproblem sind die Kommunen auch finanziell stark unter Druck. Viele müssen Kosten übernehmen, für die sie nicht zuständig sind, wie etwa für Krankenhäuser. Diese Defizitausgleiche belasten andere wichtige kommunale Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur und Kultur massiv. So haben allein im Jahr 2023 Landkreise und kreisfreie Städte 586 Millionen Euro für Krankenhäuser zugeschossen, was ihre Handlungsfähigkeit stark einschränkt. Ein gerechter Finanzausgleich ist dringend nötig.

Die steigenden Kosten für soziale Aufgaben wie Kitas, Flüchtlingsunterbringung sowie die unzureichende Ausstattung für Investitionen in Infrastruktur und Katastrophen-/Küstenschutz verschärfen die Lage weiter. Der Fehlbetrag von 200 Euro pro Einwohner*in verdeutlicht, dass die finanzielle Ausstattung Niedersachsens im Vergleich zu anderen Flächenländern zurückliegt. Ohne eine stärkere finanzielle Unterstützung durch Land und Bund wird die kommunale Selbstverwaltung erheblich gefährdet, was das Vertrauen in die Demokratie untergräbt.

Zudem benötigen Krankenhäuser eine langfristig gesicherte Finanzierung, um Schließungen zu vermeiden. Auch der Katastrophen-/Küstenschutz muss aufgrund zunehmender Krisen besser finanziert werden, da er derzeit nicht ausreichend ausgestattet ist, um künftigen Herausforderungen gerecht zu werden.